

gefunden werden, um die von diesen Betrieben ausgehenden Störungen für die Planwirtschaft nach Möglichkeit einzudämmen.

Die Betriebe halbsozialistischen Charakters stellen eine neue Produktionsform, eine typische Übergangsform dar. Der Begriff „halb“-sozialistischer Charakter trifft nicht nur für solche Betriebe zu, an denen sich der Staat zu fünfzig Prozent beteiligt, sondern auch für solche Betriebe, die einen höheren oder niedrigeren Prozentsatz staatlicher Beteiligung aufweisen. Die sozialökonomische Stellung dieser Betriebe kann nur im Zusammenhang mit der führenden Rolle des sozialistischen Eigentums und dem Charakter der Staatsmacht verstanden werden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung ist das entscheidende Kriterium. Wo schon genügend Kapazitäten im sozialistischen Sektor existieren, wird eine staatliche Beteiligung nur bedingt in Frage kommen.

Ein nicht unwesentlicher Gesichtspunkt ist die Person des Unternehmers selbst. Wo es sich um qualifizierte Spezialisten handelt, Ingenieure mit großen Erfahrungen auf ihrem Fachgebiet, wird dieser Umstand natürlich für eine Beteiligung sprechen. Ebenso spricht für eine Beteiligung ein großer Außenhandelsanteil in der Produktion eines Betriebes bzw. die Möglichkeit, die Produktion für den Auslandsmarkt zu vergrößern. Betriebe mit ausländischem Vermögen kommen für eine staatliche Beteiligung nicht in Betracht.

Quelle: „Einheit — Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“, 1956, Nr. 6, S. 530—537.

DOKUMENT 268

Aus: „Im Interesse der privaten Wirtschaft“

von Heinz Behrendt,

Erster Stellvertreter des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer der DDR

.....
In der Deutschen Demokratischen Republik sind bereits feste Grundlagen für den Sozialismus geschaffen. Es gibt weder innere noch äußere Kräfte, die das ändern können.

Für die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes und für die privaten Unternehmer in der Deutschen Demokratischen Republik wird die Richtigkeit dieser Feststellung immer offensichtlicher. Es wird ständig einfacher und klarer, die Vorzüge einer sozialistischen Entwicklung und ihre Notwendigkeit für sich selbst, ihre Angehörigen und ihre Betriebe zu erkennen.

Ihre Kollegen, die bereits unter den Bedingungen einer staatlichen Beteiligung arbeiten oder einen Kommissionsvertrag abgeschlossen haben, zeigen am Beispiel, daß sie viel besser in der Lage sind, sich an der Lösung wichtiger volkswirtschaftlicher Aufgaben zu beteiligen und auch an der Verbesserung des Lebensstandards unserer Bevölkerung mitzuwirken. Diesem Teil der Unternehmer und Gewerbetreibenden ist bereits klar geworden, daß ihnen durch die Überwindung der rückständigen Produktionsverhältnisse eine sichere Zukunft gewährleistet wird, in der sie ohne Furcht vor Monopolen und Krisen produzieren oder im Interesse der gesamten Bevölkerung tätig sein können.

Quelle: „Die private Wirtschaft“, 1958, Heft 2 (Februar).

*

Anwendung von Zwangsmitteln

Wenn aber alle Werbungs- und Überzeugungsversuche erfolglos bleiben, so greift die SED-Regierung zum altbewährten Mittel des Zwanges. Dabei kommen vor allem zwei Methoden zur Anwendung:

Die staatlichen Organe schaffen einen finanziellen Bedarf im privaten Unternehmen und bieten danach eine kapitalmäßige Beteiligung an, oder sie drosseln die Rohstoffzuführung so stark, daß die Existenz des Unternehmens ernsthaft gefährdet ist. Aus der Sorge um Erhaltung des Betriebes heraus greifen dann die Unternehmer zu dem Ausweg der staatlichen Beteiligung, um Zeit zu gewinnen, um den Betrieb noch eine gewisse Zeit zu halten. Das Ineinandergreifen der staatlichen Organe mit ihren unterschiedlichen Maßnahmen führt im allgemeinen zum Erfolg.

DOKUMENT 269

Deutsche Notenbank Magdeburg
Bezirksdirektion

Vertraulich!

An die
Industrie- und Handelskammer
Bezirksdirektion Magdeburg
Magdeburg
Alter Markt

Magdeburg,
den 11. 1. 1958

.....
Fa.

Rubr. Firma beleihen wir schon seit einiger Zeit infolge nicht ausreichender Eigenmittel Darüber hinaus hat die Firma dauernd, insbesondere in ihrer Abt. Fahrzeugbau, hohe Überbestände, die ihre flüssigen Mittel binden. Dadurch arbeitet sie zusätzlich stark mit überfälligen Verbindlichkeiten. Durch eine inzwischen durchgeführte Steuerprüfung sind außerdem Steuernachzahlungen entstanden, so daß die Liquidität der Firma weiter zurückgeht.

Wir geben Ihnen vertraulich davon Kenntnis, weil wir der Meinung sind, daß die Firma für eine Staatsbeteiligung reif ist. Es ist dabei zu bedenken, daß sie infolge ihrer geringen Akkumulation schon seit geraumer Zeit keine Investitionen bzw. nur geringfügig durchgeführt hat und u. E. solche notwendig sind, wenn die Firma weiter für den Export tätig sein und ihre Produktion und Qualität noch verbessert werden soll.

Der Geschäftsführer der Firma wurde von uns unmißverständlich darauf angesprochen, daß wir bis zum 31. 3. eine Klärung von ihm hinsichtlich der Abt. Fahrzeugbau verlangen müssen. Wir geben Ihnen von dem Vorgang vertraulich Kenntnis, damit Sie sich ebenfalls mit der Firma aussprechen können und ihr die Notwendigkeit der Beantragung von Staatsbeteiligung darstellen.

Deutsche Notenbank Magdeburg
Bezirksdirektion

*

Das Koordinieren von Maßnahmen der Staatsbanken und der Abgabenverwaltung läßt den Schluß zu, daß beide Institutionen ihre Tätigkeit miteinander abstimmen. Ein privater Unternehmer gibt hierüber eine treffende Darstellung: